



Grundsatzpapier Basel-Stadt

2016 – 2019

EVP Basel-Stadt

Evangelische Volkspartei Basel-Stadt

Inhaltsverzeichnis

Unsere Werte – Basis unserer politischen Arbeit	3
Arbeit und soziale Sicherheit	4
Bildung und Schulen	6
Familien	9
Gesundheit, Prävention und Alter	11
Integration	14
Kultur	16
Landgemeinden	19
Regionale Zusammenarbeit	22
Sicherheit	25
Staatsfinanzen	27
Stadtentwicklung – Raumplanung – Wohnumfeld	29
Verkehr und Umwelt	31

**Grundsatzpapier
2016 – 2019**

EVP Basel-Stadt

Evangelische Volkspartei Basel-Stadt



Unsere Werte – Basis unserer politischen Arbeit

Die Vertreterinnen und Vertreter der EVP können sich dank ideologischer und wirtschaftlicher Ungebundenheit an übergeordneten Werten – den christlichen Werten – orientieren.

Die Förderung des Gemeinwohls, eigenverantwortliches Handeln, die Achtung der Menschenwürde und die Bewahrung der Schöpfung sind unsere zentralen Anliegen. Politische Anliegen überprüfen wir deshalb bezüglich ihrer Umweltverträglichkeit, ihrer sozialen Gerechtigkeit und ihrem Nutzen für die Allgemeinheit.

Dadurch verstehen wir uns auch als Partei der Mitte. Unsere Politiker und Politikerinnen wollen mit beiden Ohren hören, sind offen für linke und rechte Anliegen und sind bereit, Diskussionen wertschätzend und konstruktiv zu führen, bis tragfähige und vernünftige politische Entscheide gefällt werden können.

Arbeit und soziale Sicherheit

Einkommen, Eigentum und ein Arbeitsplatz sind Grundvoraussetzungen für die persönliche Entfaltung in Familie, Beruf und Freizeit. Erwerbslosigkeit bedeutet nicht nur materielle Einbusse, sondern oft auch einen Verlust des Selbstwertgefühls für die Betroffenen. Der Einstieg in die Arbeitswelt ist für viele Jugendliche sehr schwierig geworden. Auch der Wiedereinstieg nach einer längeren Arbeitslosigkeit stellt eine grosse Herausforderung dar.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Der Kanton bietet gute Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung. Diese gilt es zu erhalten und fortlaufend zu erneuern. Dazu gehören als Erstes die Bereitstellung und die kontinuierliche Weiterentwicklung einer intakten und modernen Infrastruktur. Darüber hinaus sind aber auch andere Bereiche wie Kultur, Wohnumfeld, Schul- und Bildungssystem, Kinderbetreuung oder Stadtbild entscheidende Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft.

Überdies müssen die verschiedenen involvierten kantonalen Behörden verlässliche, speditive und gut koordinierte Ansprechpartner für die Unternehmen sein.

KMU fördern

Basel ist geprägt durch die Grossfirmen der Pharmaindustrie. Diese fordern gute Standortbedingungen, tragen aber auch Verantwortung für die Region. Daneben brauchen wir aber auch ein breites Angebot von kleineren und mittleren Betrieben. Diese sind durch einen guten Service Public zu unterstützen.

Sozialhilfe – Hilfe zur Selbsthilfe

Die Sozialhilfe ist das niederschwelligste Netz für Menschen in Not. In der Sozialhilfe sollen nicht nur Gelder auf unbestimmte Zeit vergeben werden, sondern es muss eine aktive Wiedereingliederung in die Arbeitswelt angestrebt werden. Dieses Ziel kann nur mit genügend Personal erreicht werden. Dies zahlt sich langfristig aus, denn jeder Sozialhilfebezüger, der selbständig wird, entlastet die Staatskasse. Durch ein gutes Case-Management werden Missbräuche vermieden.

Arbeitsplätze für Jugendliche sichern

Viele Jugendliche bekunden grosse Mühe, eine Lehrstelle zu erhalten. Die schulischen und manchmal auch die sozialen Defizite sind zu gross. Hier besteht ein gut ausgebautes Angebot zur beruflichen Eingliederung, wie Brückenangebote, Angebote der Job Factory u.a.m., das unterstützt werden soll. Das Ziel muss lauten, dass kein Jugendlicher, der arbeitswillig ist, ohne Arbeits- oder Lehrstelle ist.

Es ist zu prüfen, ob die Unternehmen nicht verpflichtet werden sollten, Jugendlichen eine Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen, wobei anfallende Kosten z.B. begrenzt auf zwei Jahre direkt von der Steuer abgezogen werden könnten. Die Wirtschaft als Teil unserer Gesellschaft muss mithelfen, diese sozialen Probleme zu lösen. Allerdings müssen auch Jugendliche ihren Beitrag leisten, indem sie Arbeitsmöglichkeiten, etwa im Rahmen der «Passage» in der Sozialhilfe, annehmen.

Wiedereinstiegshilfen in den Arbeitsmarkt

Für Langzeitarbeitslose oder für Menschen, die wegen eines Unfalls oder einer Krankheit lange keine Arbeitsstelle hatten, aber auch für Mütter und Väter, die wegen der Kinderbetreuung dem Erwerbsleben einige Jahre ferngeblieben sind, ist der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt ohne gezielte Hilfe von Dritten oft nicht möglich. Auch hier müssen vermehrt angepasste Arbeitsstellen angeboten und Reintegrationsprogramme gefördert und neu geschaffen werden.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Zumutbare Unternehmenssteuer
- Intakte und moderne Infrastruktur
- Kompetente, speditive und gut koordinierte kantonale Ansprechpartner beim Kanton
- Gutes Umfeld auch für die KMU
- Ausbildungs- und Arbeitsplätze für alle arbeitswilligen Jugendlichen
- Wiedereinstiegshilfen und Reintegrationsprogramme in den Arbeitsmarkt

Bildung und Schulen

Bildung und Schule gehören zu den Grundaufgaben des Staates. Gute öffentliche Schulen und ein weiterführendes, allgemein zugängliches Bildungssystem sind deshalb unabdingbar. Alle Investitionen in die Bildung sind auf dieses Ziel hin auszurichten.



Volksschulen:

umfassende und begabungsorientierte Bildung für alle

Die Volksschulen sind Grundlage jeder weiteren Bildung. Sie bilden die Voraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche eine optimale Ausgangsbasis für ihre weitere Ausbildung erhalten. Eine regionale Harmonisierung ist trotz Rückschlägen weiter zu verfolgen. Das Reformtempo soll reduziert werden.

Frühförderung: Frühförderung für fremdsprachige Kinder in Deutsch ist für die weitere Bildungslaufbahn entscheidend.

Kindergarten und Primarstufe: Der Kindergarten soll nach wie vor den spielerischen Charakter behalten.

In der Primarschule nimmt die Klassenlehrperson eine überaus wichtige Rolle ein, indem sie ein breites Spektrum von Fächern unterrichtet, die unterstützenden Angebote koordiniert, den Kontakt zu den Eltern unterhält und einen beziehungsorientierten Unterricht ermöglicht. Diese wichtige Aufgabe wird heute zu wenig abgeholten und muss neu beurteilt werden.

Sekundarstufe 1: Diese neue dreiteilige Stufe hat zum Ziel, die Jugendlichen gezielt zu fördern und sie auf den Übergang in eine Berufslehre oder eine weiter-

führende Schule vorzubereiten. Insbesondere schulisch schwache Jugendliche müssen eng begleitet werden, um sie ins Arbeitsleben zu integrieren und um ein frühes Abgleiten in die Sozialhilfe zu verhindern.

Tagesstrukturen sind an allen Schulstandorten anzubieten. Privat geführte Mittagstische können dieses Angebot ergänzen.

Berufslehre/weiterführende Schulen: gleichwertig anbieten

Die verschiedenen weiterführenden Ausbildungstypen sind gleichwertig nebeneinander anzubieten. Insbesondere soll die Berufslehre als attraktive Ausbildung noch stärker gefördert werden. Der Tendenz zur Akademisierung der Berufe muss Gegensteuer gegeben werden.

Wertevermittlung/Religionsunterricht: auf christlicher Basis weiterführen

Die Volksschule hat auch die Aufgabe, Werte für unsere gesellschaftliche Realität zu vermitteln. Wegleitend sind für uns christliche Werte, welche die Würde des Menschen begründen und sich auf das Evangelium abstützen. Die christliche Tradition Basels soll erhalten bleiben. Von kirchlicher Seite verantworteter Religionsunterricht an den Schulen kann diese Kultur, in aller Offenheit zu anderen Religionen, am besten vermitteln.

Fachhochschule/Universität: überregional koordinieren

Die Fachhochschulen sind richtigerweise regional abgestützt und bieten einen praxisbezogenen Unterricht an. Mit dem Ausbau der Biotechnologie entstehen sinnvolle Partnerschaften mit der Industrie. Daneben soll die Uni Basel gemäss ihrer humanistischen Tradition auch Fächer der Geisteswissenschaften anbieten sowie mit der Theologischen Fakultät einen christlich-ethischen Gegenpol setzen. Das Angebot ist mit den anderen Schweizer Universitäten abzustimmen.

Bildung hört nicht auf

Die Entwicklungen auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene und auf der Ebene des Wissens gehen immer schneller voran. Deshalb ist auch der Weiter- und Fortbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Nachholbildung ist verstärkt gefragt. Von staatlicher Seite sind Anstösse und Koordination gefordert.



Dafür setzt sich die EVP ein



- Bereitstellen der notwendigen Unterstützung (Weiterbildungen, Lehrmittel u.ä.) für die Umsetzung der Reformen, keine zusätzlichen neuen Reformen
- Bessere Abgeltung der Leistungen der Klassenlehrpersonen und praxisnähere Ausbildung der Lehrpersonen der Primarschule
- Wertevermittlung auf der Grundlage des christlichen Glaubens und Erhalt des Bibelunterrichts
- Erhaltung des dualen Bildungssystems mit einem Schwerpunkt für die Berufslehre
- Gezielte Unterstützung von schulisch schwachen Jugendlichen für den Einstieg ins Berufsleben
- Erhalt eines breiten Angebots an der Universität, inklusive Theologischer Fakultät

Familien

Die Familie ist das wichtigste soziale Netz in unserer Gesellschaft. Sie vermittelt die Werte von einer Generation an die nächste. Die Leistungen der Familie für die Gesellschaft sind immens. Eine gute Familienpolitik hat zum Ziel, den umfassenden Beitrag der Familien für unsere Gesellschaft anzuerkennen und sie zu unterstützen und zu fördern. Alle Familien sollen die Chance haben, ihr Leben so zu gestalten, dass die Entwicklung der Persönlichkeit und die Möglichkeit zum Teilhaben am gesellschaftlichen Leben optimal vorhanden sind.



Wandel der Lebensbedingungen

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das städtische Leben in verschiedenen Bereichen zum Nachteil der Familien entwickelt: Der Verkehr hat zugenommen und die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg dementsprechend abgenommen. Wohnungen sind teurer geworden und die Umweltbedingungen wie z.B. die Luftqualität haben sich verschlechtert. In vielen Familien arbeiten beide Eltern – aus finanziellen Gründen, oft aber auch selbstbestimmt.

Aktuell verunsichert die erneute Schulreform mit den veränderten Schulstandorten. Die städtischen Schulen tragen die Herausforderung der vielen ausländischen Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen. Die Familien wünschen sich jedoch auch eine vermehrte Förderung Begabter in der staatlichen Schule. Freizeit- und Betreuungsangebote werden oftmals von Vereinen durchgeführt, die wenig bis keine staatliche Hilfe erhalten, und belasten das Familienportmonee. Auch im Hinblick auf Teilzeitstellen und flexiblere Arbeitszeitmodelle gibt es Nachholbedarf. Eine finanzielle Besserstellung der Familien durch höhere Kinderzulagen steht noch aus.



Stärkung der Familie

Die EVP steht auf allen Ebenen für die Unterstützung der Familien ein. Konkret heisst das: Die Familie muss privilegiert und geschützt werden. Eine qualitativ hochstehende bezahlbare Tagesbetreuung für Kinder aller Altersstufen ist jenen Eltern zu ermöglichen, die das wünschen. Aber auch der Wert unbezahlter Erziehungsarbeit ist stärker anzuerkennen und der berufliche Wiedereinstieg von Müttern zu unterstützen. Für Familien, vor allem auch für Einelternfamilien, sind strukturelle und materielle Hilfen und bezahlbare Fremdbetreuungsmöglichkeiten anzubieten.

Viele Eltern sind unsicher im Umgang mit ihren Kindern. Sie wünschen das Beste für ihre Kinder, aber fühlen sich gleichzeitig überfordert. Ein gutes Netz von Beratung und Schulung in Erziehungsfragen soll angeboten werden. Gerade bei Kindern lässt sich präventiv viel erreichen, wenn man frühzeitig unterstützend eingreift.

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen

Flexible Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit, Job-Sharing oder Home Office (Arbeiten von zu Hause aus) sind zu fördern. Der Kanton muss eine Vorbildrolle wahrnehmen. Gemeinsame Ruhezeiten sind für Familien und Gesellschaft wichtig, deshalb muss der Sonntag als Ruhe- und Feiertag erhalten bleiben.



Dafür setzt sich die EVP ein

- Wertschätzung und Schutz der Familie als gesellschaftlich prägende Lebensform
- Anerkennung der Familienarbeit als Arbeit
- Vorbildfunktion des Staates bezüglich flexibler familienfreundlicher Arbeitsformen
- Beratung und Unterstützung der Familien in Erziehungsfragen
- Beibehaltung des Sonntags als gemeinsame Ruhezeit

Gesundheit, Prävention und Alter

Unser Gesundheitswesen weist im internationalen Vergleich einen hohen Qualitätsstandard auf. Alle Bevölkerungskreise finden einfachen Zugang zu den medizinischen Leistungen. Diese sehr gute Versorgung ist aber teuer und stösst an Finanzierungsgrenzen. Prävention ist günstiger als heilen. Die Langzeitpflege braucht eine neue Ausrichtung.

Integrierte Versorgung

Es braucht eine gute und verlässliche Zusammenarbeit der ambulanten und stationären Leistungserbringer in Netzwerken (integrierte Versorgung). Für die Koordination der Haus- und Spezialärzte, Spitexbetriebe, Spitäler und Pflegeheime müssen die erforderlichen Strukturen geschaffen werden. Die kantonale Umsetzung der nationalen ehealth-Strategie ist eine wichtige Voraussetzung für gut funktionierende Versorgungsnetze. So können die Leistungen für die einzelnen Patienten besser koordiniert, effektiver und effizienter erbracht werden. Die Netzwerke sind so auszurichten, dass vor allem auch die (chronisch) kranken und betagten Menschen angesprochen werden.

Ein Universitäts-Akutspital für die ganze Region

Was die EVP schon seit Jahren vorschlägt und fordert, nimmt endlich Gestalt an: Ein gemeinsames Universitätsspital beider Basel. Durch die Zusammenlegung werden nicht nur enorme Investitionskosten eingespart. Auch lassen sich durch eine optimale Ausrichtung der einzelnen Angebote wiederkehrende betriebliche Kosten bei gleicher Versorgungsqualität einsparen. In Basel-Stadt ist die Gesamtversorgung in enger Zusammenarbeit mit den Privatspitälern und den beiden andern öffentlichen Spezialkliniken (UPK und Felix Platter-Spital) sicherzustellen.



Das Gesunde stärken

Gesundheitspolitik muss sich nicht nur um das Heilen kümmern, sondern auch das Gesunde fördern und stärken. Die Gesundheitskompetenzförderung ist auszubauen und die Eigenverantwortung zu stärken. Dafür befürworten wir auch die Unterstützung aller Sportvereine im Bereich des Breitensportes, die nicht nur präventiv, sondern auch integrativ wirken. Gegen die Bewegungsarmut und die einseitige Ernährung sind entsprechende Programme zu entwickeln und durchzuführen. Eine Aktion «Ein Vegitag pro Woche» soll einerseits auf gesunde Nahrung hinweisen und andererseits aufzeigen, dass die Produktion von Fleisch ein Mehrfaches an Energie verbraucht als pflanzliche Nahrung.

Jugendschutz und neue Süchte

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor schädlichen Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak und Designerdrogen ist notfalls auch mit repressiven Massnahmen sicherzustellen. Testkäufe kombiniert mit strafrechtlichen Massnahmen sollen endlich als Mittel zur Bekämpfung des Jugendalkoholismus erlaubt werden. Neue nicht substanzgebundene Süchte wie Internet- oder Spielsucht sollen aktiv bekämpft werden.

Neue Ansätze in der Langzeitpflege

Die Ausrichtung der Langzeitpflege auf die simple Forderung «ambulant vor stationär» hat ausgedient. Die Wünsche der pflegebedürftigen betagten Menschen lassen sich nicht in diese zwei Kategorien einpfirchen. Neue Wohnformen (betreutes Wohnen mit individuellen Hilfe- und Serviceleistungen, Wohngruppen in unterschiedlichen Formen) und teilstationäre Angebote werden immer wichtiger und müssen aktiv in die Versorgungs- und Finanzierungplanung aufgenommen werden.

Angehörige erbringen grosse Leistungen in der Betreuung und auch Grundpflege zu Hause. Sie sind bei ihrer grossen und anspruchsvollen Arbeit zu unterstützen.

Ethische Fragen in der Medizin

Die Menschen werden heute immer älter und möchten ihr Leben bis zum letzten Tag selbst bestimmen. Es ist zu gewährleisten, dass in den Pflegeheimen



und auch durch die Spitex die Betagten professionell und wertschätzend gepflegt werden. Das Betreuungsteam bestehend aus Pflege und Hausarzt berät die Patientin und deren Familie zu Fragen der Behandlung und des Lebensendes. Durch die Patientenverfügung wird der Wille der Patientin erfasst und respektiert. Die Möglichkeiten der Palliative Care müssen ausgebaut und die notwendige Finanzierung gesichert werden.

Der Schutz des Lebens – auch im Alter – muss gewährleistet sein. Suizidhilfeorganisationen müssen streng kontrolliert und gewinnorientierte Organisationen verboten werden. Das Einhalten der Standesordnung der Schweizer Ärzteschaft (FMH) muss durchgesetzt werden. Sterbetourismus ist zu unterbinden.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Integrierte Versorgungsmodelle
- Flächendeckende Umsetzung der ehealth-Strategie im Kanton
- Gemeinsames Universitätsspital
- Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige
- Verbot von Verkauf von Tabakwaren und Alkohol an Jugendliche endlich durchsetzen
- Programme gegen die Bewegungsarmut und für gesunde Ernährung
- Neue Ansätze in der Langzeitpflege
- Strikte und engfasste Richtlinien für die Suizidbeihilfe und Verbot des Sterbetourismus und gewinnorientierter Suizidbeihilfeorganisationen
- Ausbau der Palliative Care und Sicherung der Finanzierung



Integration

Die Förderung der Integration unserer ausländischen Mitbevölkerung ist nach wie vor ein wichtiges Anliegen. Krisen, v.a. in Kriegsgebieten, bringen viele Menschen in Bewegung, die ihr Glück in Europa, auch in der Schweiz suchen wollen. Von den Migrantinnen und Migranten fordern wir die Bemühung um Integration, in erster Linie in sprachlicher Hinsicht und in der Achtung unserer Werte und Gesetze. Zugleich muss die Integration der Zugewanderten durch eine Vereinfachung der Einbürgerung verstärkt werden.

Begegnung der Kulturen durch eine gemeinsame Sprache

Die EVP bringt allen Menschen unabhängig von Herkunft, Kultur und Religion Respekt entgegen. Das Zusammentreffen verschiedener Kulturen und Religionen kann auch eine Bereicherung für uns sein. In den Quartieren ist eine Durchmischung der Bevölkerung wünschenswert. Deshalb wollen wir Orte der Begegnung schaffen. Die Willkommensanlässe neu Zugezogener in den Quartieren sollten nach den ersten Erfahrungen seit Einführung 2014 auf ihre Wirksamkeit hin ausgewertet und entsprechend den Ergebnissen angepasst werden.

Wichtig für eine Begegnung der Kulturen ist eine gemeinsame Sprache. Alle fremdsprachigen Erwachsenen müssen möglichst bald Deutsch lernen und zwar analog zur Schule die Standardsprache. Speziell den Familienfrauen soll der Sprachkursbesuch erleichtert werden. Integrationsvereinbarungen müssen rechtzeitig getroffen und ihre Umsetzung muss konsequent überwacht werden.

Einheimische in Quartieren mit hohem Migrantanteil

Durchmischung fördert die Integration. Deshalb sollen nicht nur Ausländerinnen und Ausländer Förderung und Hilfestellung erfahren, sondern auch die Schweizerinnen und Schweizer in den von Ausländern geprägten Quartieren. Für deutschsprachige Schülerinnen und Schüler sollen spezielle Angebote bereitgestellt werden.

Stärkung der einheimischen Wertekultur

Neben der Begegnung der Kulturen ist die Stärkung der einheimischen Wertekultur wichtig. Unser Rechtssystem basiert auf der jüdisch-christlichen Tradition.

Wir fordern von Migrantinnen und Migranten, dass sie die Grundsätze unseres Zusammenlebens akzeptieren. Auch befürworten wir die Erhaltung von christlich geprägtem Religionsunterricht an den Volksschulen.

Flüchtlingen eine würdige Aufnahme bereiten

Europa ist das Ziel vieler Menschen, die in ihrer Heimat durch Terrorismus und Krieg bedroht sind. Unserer humanitären Tradition gemäss soll sich auch die Schweiz an deren Aufnahme beteiligen. Auch in unserem Kanton sollen Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen und Massnahmen zur Integration zügig ergriffen werden.

Regeln für Angehörige anderer Religionen

Die Glaubensfreiheit aller Menschen ist zu gewährleisten. Allerdings ist sicherzustellen, dass sich Vertreterinnen und Vertreter anderer Religionen an die Regeln unserer Gesellschafts- und Verfassungsordnung halten.



Dafür setzt sich die EVP ein

- Unterstützung beim Spracherwerb
- Hilfestellung für verbleibende Schweizer in von Ausländern geprägten Quartieren
- Günstige und gehobene Wohnangebote in der ganzen Stadt
- Stärkung der einheimischen Wertekultur
- Würdige Aufnahme von Flüchtlingen
- Sicherstellen, dass sich Angehörige anderer Religionen an die Regeln unserer Verfassung und Gesellschaftsordnung halten



Kultur

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Attraktivität unseres Stadtkantons. Sie aktiviert unsere Sinne und unser Denken und vermittelt Anstösse zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Kultur umfasst das ganze Spektrum der künstlerischen und gestalterischen Aktivitäten wie Theater, Musik, Tanz, Literatur, Film sowie die Erhaltung und Vermittlung des kulturellen, auch des christlichen Kulturerbes.

Kulturförderung ist Staatsaufgabe

Es gehört zu den Aufgaben des Service public, dass in einigen wenigen Bereichen eine substanzielle und längerfristige Unterstützung von kulturellen Aufgaben geschieht. Theater, Orchester, Museen und die Stadtbibliotheken, die Erhaltung der Stadt durch Denkmalpflege und archäologische Bodenforschung sind die Hauptbereiche finanzieller Kulturunterstützung. Basel ist aber auch geprägt von einer christlichen Kultur. Diese gilt es zu erhalten.

Kultur für Jung und Alt

Die Kultursubventionen gehen zu über 90 Prozent an etablierte Anbieter mit elitärer Tendenz. Subventionierte Kulturbetriebe sollen ihren Erfolg über angemessene Publikumszahlen ausweisen und auch Angebote für ein breites Publikum bereitstellen. Nicht nur klassische Kultur soll gefördert werden, sondern auch Jugend- und Volkskultur. Insbesondere die Jugendkultur soll mehr Platz erhalten. Quartierbibliotheken und der niederschwellige Zugang zum Musikunterricht sind unerlässlich und müssen mit zumutbaren Wartezeiten angeboten werden. Mit Angeboten in der Museumspädagogik finden auch Kinder einen Zugang zur Kultur.



Kultur ist auch Stadtmarketing

Stadt und Region Basel bergen grosse kulturelle Schätze aus der Geschichte und der heutigen Kulturszene. Sie sind Aktiven für unser Stadtmarketing. Es muss darauf geachtet werden, dass neben «Leuchttürmen» auch das gesamte kulturelle Spektrum bekannt gemacht wird, wie Jugendkultur und Volksmusik, Film und aktuelle darstellende Kunst, Angebote für alle Altersstufen. Basel gibt im kantonalen Vergleich sehr viel aus für ein attraktives kulturelles Leben. Dieses beeinflusst aber die Standortqualität positiv.

Private Initiativen als wichtige Ergänzung

Auch staatlich finanzierte Betriebe müssen vermehrt Sonderprojekte durch Sponsoren finanzieren. Ohne das stark verankerte Mäzenatentum wäre die Kulturstadt Basel nicht denkbar. Bei privaten Anschubfinanzierungen soll von Anfang an definiert werden, wie lange ein Finanzbeitrag gewährt wird, damit später nicht der Staatshaushalt hohe Strukturkosten tragen muss, wie etwa beim Schauspielhaus.

Wer bezahlt, soll auch profitieren

Im Sinne einer Richtlinie sollen höchstens 5% des Budgets Basel-Stadt für Kulturpolitik ausgegeben werden.

Da die Stadt Basel Zentrumsfunktion erfüllt, müssen prioritär auch die umliegenden Gemeinden und Kantone in eine regionale Kulturpolitik und deren Finanzierung einbezogen werden. Es kann nicht sein, dass die einen bezahlen, während die andern profitieren. Die Bevölkerung von Basel-Stadt soll für die staatliche Unterstützung belohnt werden, etwa mit Gratiseintritten für kulturelle Anlässe.





Dafür setzt sich die EVP ein

- Erhalten des qualitativ hochstehenden Angebots in den Bereichen Theater, Orchester, Kaserne, Museen, Bibliotheken, Musikschule
- Auch kleinere Anbieter aus allen Sparten und Stilen und vor allem die Jugendkultur sollen unterstützt werden
- Bei der Vergabe von Geldern soll das Interesse des Publikums am Angebot mit einbezogen werden
- Die finanzielle Kooperation in der Region und die Zusammenarbeit mit Privaten soll weiter gepflegt und ausgebaut werden
- Die Bevölkerung von Basel-Stadt soll für den Einsatz ihrer Steuergelder belohnt werden, etwa mit Gratiseintritten für das Theater Basel

Landgemeinden

Basel-Stadt ist als Staatswesen ein Sonderfall. Die Kantonsregierung ist gleichzeitig Stadtregerung und das Kantonsparlament ist gleichzeitig städtischer Einwohnerrat. Wer von der Stadt redet, meint den Kanton - und umgekehrt. Es wundert deshalb nicht, dass sich bei dieser Konstellation die beiden Landgemeinden, mit etwas mehr als 10% der Kantonsbevölkerung, manchmal übergangen fühlen. Für die Gemeinde Riehen steht die EVP in einer besonderen Verantwortung. Sie prägt dort seit 40 Jahren massgeblich die auf Nachhaltigkeit angelegte Entwicklung sowie das politische Klima des grossen grünen Dorfes.

Gestaltungsspielraum gewähren

Jede Aufgabe, welche lokal erfüllt werden kann, fällt grundsätzlich in die Verantwortung der Gemeinde. Der den Gemeinden zustehende Gestaltungsspielraum darf nicht durch kantonale Eingriffe geschmälert werden. In Basel-Stadt ist sehr vieles kantonale geregelt, viel mehr als in anderen Kantonen. Die Aufsicht des Kantons hat sich auf die Rechtskontrolle zu beschränken. Ermessensentscheide in kommunalen Angelegenheiten sollten in der Kompetenz der Gemeinden stehen. Dies gilt insbesondere für die Ortsplanung. Die Gemeinden sollen verbindlich darüber entscheiden, wo sie die Grenzen des Wachstums ziehen wollen. Der Kanton darf seine doppelte Rolle als grosser Landbesitzer und gleichzeitige Bewilligungsinstanz nicht missbrauchen.

Aufgaben übertragen

Die Gemeinden Riehen und Bettingen haben bewiesen, dass sie in der Lage sind, übertragene Aufgaben effizient, kostengünstig und bürgernah zu erfüllen, ähnlich einer typisch schweizerischen Gemeinde in einem anderen Kanton.



Die Sozialhilfe, die Kindergärten, die Volksschulen und die Orts- und Verkehrsplanung werden bestens durch die Gemeinden geführt. Kurze Kommunikationswege und ein direkter Bezug zu den «Kunden» verbessern die Qualität der Dienstleistungen. Auch der Unterhalt der Kantonsstrassen auf Gemeindegebiet wird bestens durch die Gemeinden besorgt und vermeidet teure Doppelspurigkeiten. Auch das Vormundschafts- und das Zivilstandswesen könnten neu in die Zuständigkeit der Gemeinden übergehen.

Leistungen anerkennen und sichtbar machen

Die Landgemeinden haben den Kanton Schritt für Schritt von kostenträchtigen Aufgaben entlastet. Mit dem Finanzausgleich wird der Kanton erheblich entlastet, was in keiner Statistik erscheint und im kantonalen Finanzhaushalt versickert. Würden die ausserkantonalen Gemeinden die zentralen Leistungen der Stadt Basel im gleichen Ausmass abgelten wie Riehen und Bettingen, wären finanzielle Sorgen im Kanton ein Fremdwort.

Faire Zusammenarbeit zum Wohl aller

In der Kantonsverfassung steht «Der Kanton berücksichtigt die Bedeutung steuerlich attraktiver Wohngemeinden für den Kanton». Was das konkret bedeutet, ist interpretier- und verhandelbar. Dabei sind Solidarität von Seiten der Gemeinden – was diese bereits hinlänglich bewiesen haben – und Fairness von Seiten des Kantons gefragt. Entscheide sollen nicht aufgrund der Grössenverhältnisse gefällt werden, sondern im konstruktiven Dialog. Der Kanton ist durch eine gute Mischung von Einkommens- und Unternehmenssteuern gut abgesichert, während die Landgemeinden sich vorwiegend über Einkommenssteuern finanzieren.

Bei den laufenden Verhandlungen zur Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs-Gesetzes (FiLaG) sollen die beachtlichen Leistungen der Landgemeinden anerkannt werden und gleichzeitig die Steuern in den Landge-



meinden mit basellandschaftlichen Gemeinden vergleichbar bleiben. Von guten Steuerzahlenden in den Landgemeinden profitieren Kanton und Gemeinde.

Sicherheit

Aufgrund der Grenzlage der Landgemeinden ist eine grössere Präsenz der Kantonspolizei ein Muss. Neben Patrouillen sind ein permanent besetzter Polizeiposten ein wichtiger Bestandteil zum Schutz der Bevölkerung.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Der Handlungsspielraum der Landgemeinden muss beibehalten und ausgebaut werden
- Abgeltung und Leistungen der Landgemeinden sollen ähnlich sein wie jene vergleichbarer Agglomerationsgemeinden in der Region Basel
- Die Kompetenz zur Zonenplanung steht den Landgemeinden zu und darf nicht durch die Interessen des Kantons als Grossgrundbesitzer unterlaufen werden
- Faire Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs-Gesetzes (FiLaG)
- Steuerkompetenz über den Steuerfuss hinaus



Regionale Zusammenarbeit

Der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Basel befinden sich in einem regionalen Raum, der eine Metropolitanregion mit über einer halben Million Einwohnern darstellt. Dieser trinationale Raum muss in den verschiedensten staatlichen Bereichen im Sinne der Kooperation und der Spezialisierung wahrgenommen werden. Ziel muss es sein zu erkennen, was regional getan werden kann, was gemeinsam oder in gegenseitiger Kenntnis zu tun ist und auf was verzichtet werden kann, weil es beim Nachbarn ebenso gut angeboten wird.

Kanton Basel – eine Utopie?

Im Vordergrund steht der weitere Ausbau der Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft, gerade auch nach einer Ablehnung zur Prüfung eines gemeinsamen Kanton Basel und dem derzeitigen finanziellen Engpass im Kanton Basel-Landschaft. Gerade in solch schwierigen Situationen sollte die Zusammenarbeit tiefer gehen als bei einer normalen Partnerschaft. Die beiden Basel sind nicht nur zwei Vertragspartner, sie sind eine Schicksalsgemeinschaft. Gerade im Vorfeld der Abstimmung wurde betont, dass eine enge Zusammenarbeit mehr als wünschenswert ist, als Alternative zur Fusion.

Vermehrt ist aber auch die enge Zusammenarbeit mit den andern Nordwestschweizer Kantonen und den Gebietskörperschaften im benachbarten Deutschland und Frankreich zu suchen. Ein Kanton Nordwestschweiz würde der ganzen Region zu einer neuen Dynamik verhelfen, ist wohl aber nur im Rahmen einer gesamtschweizerischen Reorganisation zu erreichen.



Gesundheit: sinnvolle Planung

Lokal ist die Grundversorgung für alle zu gewährleisten. Es muss aber nach einer Standortplanung und Konzentration gesucht werden, die es ermöglicht, hoch spezialisierte und deshalb auch kostenintensive Einrichtungen gemeinsam zu nutzen. Die Freizügigkeit über die Kantonsgrenzen hinaus muss gewährleistet sein.

Bildung: regional harmonisiert

Volksschulbildung bleibt lokal, soll aber weitgehend regional harmonisiert werden. Weiterführende und höhere Bildung soll vermehrt überregional, auch über die Landesgrenzen hinweg angestrebt werden, um entsprechende Synergien und die Ausbildungsqualität zu fördern und Kosten zu sparen.

Wirtschaft: Entwicklung über die Landesgrenzen

Für die ganze Metropolitanregion ist eine Raumplanung zu erstellen, in der sinnvolle Gewerbe- und Industriezonen, Wohn- und Erholungszonen sowie Entwicklungsgebiete festgelegt werden.

Verkehr und Umwelt: vernetzen

Öffentlicher Verkehr und privater Verkehr ergänzen sich und werden so geplant, gefördert und aufeinander abgestimmt werden, dass der Modalsplit in der ganzen Region verbessert werden kann. Ziel muss es sein, die verschiedenen Verkehrsträger sachgerecht miteinander zu vernetzen. Umweltverschmutzung und Umwelterhaltung machen an keinen Grenzen Halt. Es ist deshalb grenzüberschreitend zu planen und zu handeln.

Sicherheit: bessere Koordination

Menschen in der ganzen Metropolitanregion haben die gleichen Sicherheitsbedürfnisse. Diese müssen deshalb auch gemeinsam wahrgenommen werden. Sicherheitskonzepte und Massnahmen sind aufeinander abgestimmt und koordiniert. Der Atomreaktor Fessenheim gefährdet auch die Schweiz und gehört abgestellt.

Kultur: einander befruchten

Wir leben in einer mehrsprachigen Kulturregion, die eine lange Geschichte der gegenseitigen Beeinflussung und Befruchtung kennt. Die Region am Oberrhein soll diese Beziehungen wieder besser wahrnehmen.

Demokratische Strukturen: entwickeln

Um all diese und noch andere Aufgaben in Zukunft wahrzunehmen, müssen Formen der demokratisch legitimierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefunden werden.



Dafür setzt sich die EVP ein

- Für eine weitgehende Harmonisierung und Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr und Umwelt sowie Sicherheit auch über die Landesgrenzen hinaus
- Stärkung der partnerschaftlichen Geschäfte mit dem Kanton Basel-Landschaft trotz momentanem «Gegenwind»
- Strukturen der Zusammenarbeit mit besserer demokratischer Legitimation

Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger. Deshalb fordert die EVP, dass die Behörden die recht hohe Sicherheit aufrechterhalten und einer schleichenden Verwahrlosung des öffentlichen Raums, welche die Kriminalität begünstigt, rigoros den Kampf ansagen. Die EVP verlangt, dass schon die Anfänge von Gewalt und Kriminalität an Schulen, an Sportveranstaltungen, in Jugendtreffs und auf dem Nachhauseweg der Menschen wirksam unterbunden und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

Eine gut ausgebildete Polizei greift am richtigen Ort ein

Wir wollen eine Gesellschaft, in der es nicht nötig ist, im öffentlichen Raum Angst zu haben und in hochgesicherten Häusern zu wohnen. Die Polizei soll die Menschen und die Problemfelder der Stadt vor Ort kennen und auch präsent sein – nicht nur im Streifenwagen, sondern auch auf dem Velo. Sie soll rasch eingreifen und helfen können.

Terrorprävention mit Augenmass

Vor Bedrohung durch Terrorismus dürfen die Augen nicht verschlossen werden. Panik ist jedoch nicht angesagt. Das Gut unserer Freiheitsrechte wollen wir nicht leichtfertig über Bord werfen. Darum sind Sicherheitsmassnahmen mit Augenmass zu treffen.

Nachbarschaftsnetze verbessern die Sicherheit

Sicherheit verbessert sich, wenn die Menschen nicht anonym wohnen. Sie beginnt beim Hallo-Sagen und geht bis zum «Hüten» von Haus und Wohnung in den Ferien. Die Politik soll die Bildung von Nachbarschaftsnetzen fördern, z.B. bei raumplanerischen Entscheiden oder durch Beratung zur Bildung von Nachbarschaftsnetzen.

Mehr Hilfe für die Opfer statt zu viel Geld für die Täter

Strafvollzug soll abschrecken. Es ist zwar richtig, dass auch im Strafvollzug individuell die Stärken gefördert werden, damit jeder Täter eine zweite Chance erhält. Strafvollzug ist aber teuer. Billiger sind die Prävention und der Schutz gefährdeter Personen. Verdeckte Ermittlungen erleichtern eine wirksame Verbrechensbekämpfung.

Das Übel an der Wurzel fassen mit Gewaltprävention und Zivilcourage

«Halt Gewalt!» muss mit der Prävention beginnen, bei der Jugend und in der Familie, aber auch im Sportbereich. Bei Gewalt nicht wegsehen, sondern reagieren. Wir wollen couragierte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Polizei soll auch die Couragierten schützen. Lieber einmal zu viel als einmal zu wenig nach den Kriseninterventionsteams der Polizei rufen.

Littering – nicht wegschauen

Der öffentliche Raum ist keine Spielwiese, wo man tun und lassen kann, was man will. Littering soll mit verstärkter Polizeipräsenz, Bussen und dem Einbezug des Detailhandels bekämpft werden. Beim Littern Ertrappte sollen als Konsequenz einen Einsatz in der Stadtreinigung oder an andern Einsatzorten machen.

Stopp dem Frauenhandel

Es darf kein Auge zugedrückt werden, wenn Frauen in unser Land gebracht und zur Prostitution gezwungen werden. Zudem sind Frauen, welche als Zeuge vor Gericht aussagen, wirksam vor dem Zugriff der Zuhälter und ihren menschenverachtenden kriminellen Netzwerken in ganz Europa zu schützen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei, die am richtigen Ort präsent ist
- Freiheitsrechte trotz Terrorbedrohung schützen
- Mehr Hilfe für die Opfer statt zu viel Gelder für die Kriminellen
- «Halt Gewalt!» - auch in Familie, Schule und Familie
- Massnahmen gegen Littering mit Einbezug der Täterschaft
- Wirksamer Kampf gegen den Frauenhandel

Staatsfinanzen

Nach wie vor ist es auch für Familien attraktiv, in Basel zu wohnen. Seit 2008 blieben die Steuern natürlicher Personen auf konstantem Niveau. Die Ablehnung der moderaten Senkung der Unternehmenssteuern hatte keine Abwanderungen von Betrieben zur Folge. Die Staatsschulden blieben ungefähr konstant, bei ca. 1.8 Mia Nettoschulden. Die dauernd steigenden hohen Krankenkassenprämien können bei gleich bleibenden Löhnen von immer weniger Haushalten voll bezahlt werden, was einen dauernden Anstieg der Kosten der Krankenkassenverbilligung zur Folge hat. Die Unternehmenssteuerreform III soll nicht zu höheren steuerlichen Belastungen der Privatpersonen führen.

Steuerharmonisierung

Der Kanton Basel-Stadt soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Steuerunterschiede zwischen den Kantonen in einem Band von rund 20% harmonisiert werden, damit ein schädliches Ausmass des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen verhindert werden kann. Diese Forderung ist besonders im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III aktuell.

Gemeinsam statt Einzellösungen, Finanzausgleich mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft

Nachdem in den letzten 10 Jahren grosse Fortschritte in der Mitfinanzierung der Zentrumsfunktionen des Kantons Basel-Stadt durch andere Kantone erzielt wurden, scheint es jetzt Probleme zu geben. Die EVP begrüsst die schnelle und unbürokratische finanzielle Unterstützung des Partnerkantons BL in den nächsten 4 Jahren. Diese Zeit soll genutzt werden, um einen flexiblen Univertrag auszuhandeln, welcher Situationen wie die aktuelle verhindert.

In Zukunft sollten vermehrt Aufgaben gemeinsam erfüllt werden. Die EVP unterstützt die sich anbahnende Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft im Bereich der Spitalpolitik, so sollen teure Doppelspurigkeiten vermieden werden. Neue Aufgaben in der Verwaltung dürfen nur gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft oder andern Kantonen betrieben werden. Bestehende Ämterstellen wie Krisenstab, Veterinäramt, Berufsbildung, kantonale Labors sollten

zusammengelegt werden. Dabei sollen der Standort und die Federführung sekundär sein, es müssen nicht alle Ämter in Basel ihren Sitz haben. Die Zusammenlegung der Ämter und Abteilungen in der kantonalen Verwaltung ist voranzutreiben; teure Stabsstellen können so reduziert werden.

Pensionskasse: Altlasten abbauen und keine neuen schaffen

Die Pensionskasse des Staatspersonals ist momentan saniert, der Kanton schuldet der PK nichts mehr. Der Wechsel zum Beitragsprimat wurde Anfang 2016 umgesetzt. Bei den aktuellen Niedrigzinsen ist es jedoch schwierig, die angestrebte Rendite von ca. 4% auf den Guthaben zu realisieren, was die Kasse zu einer riskanteren Anlagestrategie zwingt. Eine erneute Sanierung der kantonalen PK ist zu vermeiden, und die nachhaltige Ausfinanzierung der PK für den Kanton muss im Rahmen des ordentlichen Budgets berechenbar sein.

Schuldenbremse und Unternehmenssteuersatz

Die Schuldenbremse ist nicht zu verschärfen, aber unbedingt einzuhalten. Noch unklar sind die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III. Die EVP unterstützt das Ziel, dass die Unternehmenssteuerreform III zu keinen steuerlichen Mehrbelastungen für natürliche Personen führt. Andererseits soll die Abwanderung von Firmen aus Steuergründen verhindert werden und die Finanzierung der staatlichen Aufgaben gewährleistet bleiben. Für unsere Region scheinen dafür die Patentboxen ein geeignetes Instrument zu sein.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Ausgeglichener Staatshaushalt
- Einhaltung der Schuldenbremse gemäss der Kantonsverfassung
- Vereinfachung des Steuersystems und Steuerharmonisierung
- Konkurrenzfähiger Unternehmenssteuersatz und gesicherte Staatseinnahmen
- Senkung der Steuer- und Krankenkassenbelastung von Familien
- Langfristige Sicherung der Pensionskasse
- Effizienzsteigerung durch Zusammenlegen von Aufgaben, Abteilungen und Ämtern mit Basel-Landschaft

Stadtentwicklung – Raumplanung – Wohnumfeld

Mit globalen Massstäben gemessen ist Basel eine Kleinstadt. Dennoch ist Sie – kulturell, wirtschaftlich, verkehrstechnisch – ausgestattet mit Einrichtungen, die Vergleichen mit europäischen Grossstädten standhalten. Diese Qualitäten gilt es zu pflegen. Die räumliche Enge von Stadt und Kanton setzt jedoch Grenzen, die zu respektieren sind. Wird diese Forderung nicht erkannt und umgesetzt, droht Basel zu einem menschenfeindlichen Moloch zu werden.

Menschenfreundliche Raumplanung

Hohe Bauten am falschen Ort empfinden viele Menschen als Bedrohung. Eine Einsicht, die auch in Basel an Boden gewinnt. Die Folgen einer Stadtplanung, die sich nicht an menschlichen Massstäben, sondern an Investoreninteressen und am Prestigedenken orientiert, lässt – langsam aber stetig – das vertraute Stadtbild zu einer Allerweltkulisse verkommen. Höchste Zeit, um mit einem durchdachten Konzept Gegensteuer zu geben.

Wohnen in der Stadt

Die (wieder) anwachsende Bevölkerung ruft nach neuem Wohnraum. Die noch verbliebenen Grünflächen am Stadtrand zu überbauen ist keine Lösung. Reserven bilden die ausgedehnten Verkehrsanlagen innerhalb des Stadtgebietes – Bahnareale und Autobahnen. Dies zu überbauen ist zwar aufwendig, aber der Stadt zuträglicher als das Konsumieren der letzten Grünflächen. Schliesslich könnte das Problem damit gelöst werden, dass der vorhandene Wohnraum besser genutzt wird. Das Wohnungsangebot würde sich damit, ohne einen einzigen Kubikmeter Beton und ohne einen Franken Infrastrukturausgabe auf nachhaltige Art vergrössern.



Sichere Schulwege

Wichtiges Motiv für das Verbleiben junger Familien in der Stadt sind kurze und sichere Schulwege. Die Schulraumplanung für Kindergärten und Grundschule hat darauf vorrangig Rücksicht zu nehmen. Wo die Platzverhältnisse es erlauben, sind die Allmendflächen als Begegnungs- und Aufenthaltszonen auszugestalten.

Quartiere aufwerten

Quartiere bilden überschaubare Einheiten. Diese sicht- und erlebbar zu machen, bildet eine Aufgabe, die nicht allein den Quartiervereinen überlassen werden kann. Die staatliche Liegenschaftspolitik ist darauf auszurichten, die dezentrale Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen (Quartierläden). Diese müssen in Fussgängerdistanz erreichbar sein.

Mir gänn Sorg zum Bebbi

Die durch den Arbeitsmarkt geforderte Mobilität sorgt für einen laufenden Austausch der Wohnbevölkerung. Umso mehr ist das Gemeinwesen darauf angewiesen, über ein «Stammpublikum» zu verfügen, das sich als Träger von Tradition und Hintergrundwissen mit dieser Stadt und ihren Institutionen identifiziert. Es darf nicht sein, dass gerade diese Bevölkerungsschicht, die der Stadt das Gepräge gibt, dieser den Rücken kehrt, sei es wegen unsicheren Schulwegen, gefährdeter Sicherheit, Unsauberkeit oder aus andern Gründen. Es ist schön, wenn neu Zugezogene offiziell willkommen geheissen werden. Die Tatsache, dass weit mehr Baslerinnen und Basler aus der Stadt wegziehen als umgekehrt, ruft jedoch nach Massnahmen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Eine sich an den Menschen und nicht an den Investoren orientierende Planung
- Aufwertung der Quartiere, gut geführte Quartiertreffpunkte
- Bessere Nutzung des vorhandenen Wohnraumes anstatt Überbauung der letzten Landreserven
- Generationenübergreifende Gestaltung des Wohnumfeldes
- Anreize für den Verbleib der angestammten Bevölkerung im Kanton

Verkehr und Umwelt

Unser öffentlicher Verkehr weist einen hohen Standard und eine starke Benützung auf. Allerdings wächst der motorisierte Verkehr stärker. Klimawandel und Luftverschmutzung durch Feinstaub und Gase zeigen deutlich, dass er nicht nachhaltig ist. Die EVP setzt sich für die Förderung alternativer Energien ein und für eine Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und wendet sich gegen eine Kapazitätserhöhung des Strassennetzes. Sie setzt auf einen Mix von marktwirtschaftlichen und polizeilichen Massnahmen, um das Verkehrswachstum einzuschränken. Gleichzeitig sind Ausbauten des öffentlichen Verkehrs unter finanzieller Beteiligung des Kantons vorzunehmen, die wesentliche Angebotserweiterungen ermöglichen.

Die Strassen den Einwohnerinnen und Einwohnern

Die vom Volk angenommene Städteinitiative verpflichtet dazu, das motorisierte Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Diesem Ziel dient eine restriktive Parkplatzpolitik, denn jede Fahrt beginnt und endet darauf.

Städtische Flächen sind rar und teuer. Deshalb soll der Bau neuer Strassen vermieden werden. Der vorhandene städtische Strassenraum muss genügen und soll möglichst der Bevölkerung und nicht auswärtigen Automobilisten dienen. Einem Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes (Gundeli-Tunnel, Osttangente) steht die EVP ablehnend gegenüber.

Die Schaffung von Begegnungsstrassen ist systematisch fortzuführen. Bei Umbauprojekten ist auch eine Kinderverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Nachholbedarf besteht weiterhin bei der Förderung des Veloverkehrs.



Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut werden

Die Qualität des öffentlichen Verkehrs ist nicht nur für die Umwelt bedeutsam, sondern auch ein zentraler Erfolgsfaktor im Standortwettbewerb. Deshalb sollen die Steuerfranken grundsätzlich für ein optimales Angebot eingesetzt werden, wie zum Beispiel eine Fahrplanverdichtung der Regio-S-Bahn.

Basels Rolle als Tor zur Schweiz ist gefährdet, wenn es nicht gelingt, unsere Region zum Knoten des Hochgeschwindigkeitsverkehrs auszugestalten. Die EVP fordert deshalb den raschen Bau des Wisenberg-Eisenbahntunnels als Zufahrt zu den Alpentransversalen.

Zürich macht es vor: Wenn die Eisenbahn-Grossprojekte vorangetrieben werden sollen, müssen sich die Kantone finanziell engagieren und diese vorfinanzieren.

Einen Quantensprung lässt das «Herzstück» der Regio-S-Bahn erwarten. Es behebt nicht nur die Nachteile der peripheren Lage der Basler Bahnhöfe und schliesst das Stadtzentrum an die Bahn an, sondern bringt neben erheblichen Fahrzeitgewinnen auch einen rationelleren und somit kostengünstigeren Betrieb. Es ist sicherzustellen, dass bei der Station Innerstadt der Marktplatz durch die zu schaffenden Zugänge nicht verunstaltet wird.

Für die Bevölkerung bleibt das Tram jedoch die wichtigste und unverzichtbare Verbindung in die Innerstadt. Diesem Umstand ist beim Ausbau des Tramnetzes Rechnung zu tragen.

Energie sparen und ersetzen

Die Strategie zur rationellen Energienutzung und zur Förderung alternativer Energien muss energisch weiter geführt werden. Der Staat muss dabei eine führende Rolle einnehmen, sowohl bei den kantonseigenen Bauten als auch als Motivator bei Privaten. Energiesparendes Bauen muss weiterhin subventioniert werden.

«Urban Agriculture» fördern

Die EVP erachtet die Bestrebungen, Nahrungsmittel auch in Städten auf Dächern, Terrassen und in Parks zu produzieren, als sinnvollen Beitrag zur Reduktion von Umweltbelastungen. Als erwünschter Nebeneffekt kann oft auch eine Verbesserung nachbarschaftlicher Kontakte festgestellt werden. Solche Bestrebungen sind zu fördern.



Dafür setzt sich die EVP ein

- Verzicht auf den Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes
- Bau des Regio-S-Bahn-Herzstücks
- Bau des Wisenberg-Eisenbahntunnels
- Kantonale Vorfinanzierung von Eisenbahn-Grossprojekten
- Schaffung von weiteren Begegnungsstrassen
- Ausbau des Velonetzes
- Sichere Schulwege für Kinder
- Rationelle Energienutzung und Förderung alternativer Energien

Die EVP mittendrin.



EVP Basel-Stadt

info@evp-bs.ch
www.evp-bs.ch
facebook.com/evpbaselstadt

